

**Stadt Karlsruhe  
- Ortsverwaltung Grötzingen -**

**Niederschrift Nr. 5**

über die öffentliche Sitzung des **Ortschaftsrates**

am **13. November 2019** (Beginn **19.00 Uhr**; Ende **21.43 Uhr**)

im **Saal der Begegnungsstätte, Niddastr. 9**

---

|                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| Vorsitzende:                      | <b>Ortsvorsteherin Karen Eßrich</b>   |
| Zahl der anwesenden Mitglieder:   | <b>15</b>   |
| Zahl der Zuhörer:                 | <b>44</b>   |
| Namen der <b>nicht anwesenden</b> | <b>OSR Dürr (V), OSR Schuhmacher (V),<br/>OSR Fettig (V)</b>  |
| Urkundspersonen:                  | <b>OSR Fischer, OSR Tamm</b>  |
| Schriftführer:                    | <b>Bauamtsleiter Manfred Müller</b>   |
| Sonstige Verhandlungsteilnehmer:  | <b>Ulrich Kienzler, Forstamt (TOP 2)<br/>Rolf Roser, Feldhüter (TOP 3)<br/>Joachim Frisch, Schul- und Sportamt;<br/>Ilona Simon, Sozial- und Jugendbehörde;<br/>Friedbert Jordan, Augustenburg Gemein-<br/>schaftsschule Grötzingen ( alle TOP 5)</b> |

---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte die Vorsitzende fest, dass zu der Verhandlung durch Ladung vom **04.11.2019** ordnungsgemäß eingeladen wurde.

\*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert

mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

## Tagesordnung

### **Öffentlicher Teil**

33. Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
34. Jahresbericht des Forstamtes
35. Informationen/Berichterstattung des Feldhüters
36. abgesetzt
37. a) Schulkindbetreuung in Grötzingen  
(Antrag der CDU-Fraktion)  
  
b) Flexible Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Grötzingen  
(Antrag der MfG-Fraktion)
38. Bauanträge
39. Mitteilungen und Anfragen

**Zu Punkt 33 der TO:                    Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner**

- a) Ein Einwohner möchte wissen, wann der Container an der Bahnlinie entfernt würde. Herr Müller antwortet, dass dies Aufgabe des Amtes für Hochbau und Gebäude-wirtschaft sei, das sich derzeit mit der Angelegenheit befasse. OVS Eßrich ergänzt, dass dort zunächst eine provisorische Parkfläche mit Schotter entstehen werde und eine dauerhafte Lösung erst möglich sei, wenn hierfür Finanzmittel im Haushalt angesetzt seien. Geplant seien derzeit 40 Parkplätze.

**Zu Punkt 34 der TO:                    Jahresbericht des Forstamtes**

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Kienzler, den Leiter des Forstamtes. Er führt aus, dass nach zwei Trockenjahren 2018/2019 Waldschäden in einem extremen Ausmaß zu verzeichnen seien. In Grötzingen sei man vom Waldsterben weit entfernt, jedoch seien Stadtbäume beschädigt. Man habe bei den Rheinaue-Wäldern Schäden bei der Baumart Esche aufgrund einer Pilzkrankung und im Hartwald seien extreme Schäden bei Buchen, Kiefern und Fichte aufgetreten, hervorgerufen durch Trockenheit, Pilzkrankungen, Borkenkäfer oder Engerlinge im Boden. Im Grötzinger Flussauenwald, hier als Kinzig-Murg-Rinne bekannt, seien Esche und Ahorn von Schäden betroffen. Ahornbäume würden aufgrund der Russrinde-Krankheit ihre Rinde verlieren und die schwarzen Pilzsporen stellten außerdem ein Risiko für Allergiker dar. In den Bergwäldern sei die Fichte weniger stark als im letzten Jahr beschädigt. Auch die Buche sei betroffen. Gut sei, dass in Karlsruhe eine starke Baummischung gegeben sei. So habe man im Hartwald über 20 verschiedene Baumarten und damit eine Risikoverteilung. Problematisch sei, dass nahezu jede Baumart eine eigene Schadensproblematik aufweise. Um mit den Schäden umzugehen, würde Käferholz aufgearbeitet, um Neubefall zu vermeiden, sowie Maßnahmen zur Verkehrssicherung durchgeführt. Außerdem würden aus ökologischen und ökonomischen Gründen abgestorbene Bäume in den Wäldern belassen. Zu beachten sei jedoch, dass damit der Aufenthalt in den Wäldern risikoreicher sei als in Normaljahren. In Grötzingen seien bisher nur wenige Schadensbäume aufgearbeitet. Die künftige Strategie sei, für jeden Wald individuelle Maßnahmen zu ergreifen. Mit neuen Baumarten sei man sehr vorsichtig, man müsse jedoch in geringen Mengen auf nicht heimische Baumarten zurückgreifen. Hierzu sei eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden, in der alle Verbände und Vertreter aus der Forschung beteiligt seien. An der naturnahen Waldbewirtschaftung werde man auch in Zukunft festhalten. Laut der Baumarteneignungskarte nach dem Klimamodell der IPCC wird ersichtlich, dass bereits kleinste Veränderungen zu Auswirkungen in den Baumbeständen führen. Demzufolge seien bei einer nur geringen Klimaerwärmung von 1,5 Grad Buche und Traubeneiche künftig wenig und die Fichte nicht geeignet. Eine wichtige Planungsgrundlage sei die Standortkarte, hier sei im Bergwaldbereich lehmiger und kalkhaltiger Boden erkennbar, was für die Bäume besser sei als beispielsweise der Boden im Hartwald. Herr Kienzler führt aus, dass in diesem Jahr im Bereich des Badestrandes am Baggersee beschädigte Eschen aus Verkehrssicherungsgründen entfernt werden mussten. Außerdem wurde aktuell der Waldrand gepflegt. Das Ergebnis hiervon sei sehr gut und werde sich im Frühjahr mit viel Licht zeigen. Nördlich der Bahn soll zudem im Winter noch eine Durchforstung im

Erlenbestand stattfinden. Dies geschehe mit einer Harvester Maschine, was sehr pfleglich sei, da jeder Baum einzeln behandelt werden könne. Der Bergwald in Grötzingen diene auch als Ausbildungswald. Dort bestehe ein großer Anwuchserfolg von Douglasien und Lärchen. Wichtig für die Waldbestände sei auch die Regulierung der Wildbestände. Künftig sei die Weginstandsetzung relevant. Der Spielplatz am Knittelberg sei ein gutes Gemeinschaftsprojekt mit tollem Ergebnis gewesen. Erwähnenswert sei zum Schluss, dass in Grötzingen zwischen Bahnlinie und Baggersee der dickste Baum Karlsruhes steht, eine Eiche.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und die gute Zusammenarbeit. Positiv hervorzuheben seien auch die Waldspaziergänge, bei denen vor Ort Erklärungen gegeben und die Bürgerinnen und Bürger miteinbezogen würden.

OSR Hauswirth-Metzger erklärt, der Bericht habe sie traurig gestimmt, und fragt, wie dem großen Baumsterben genau entgegen gewirkt werde. Außerdem möchte sie wissen, ob es ein Konzept gebe, was mit dem künstlich entstandenen Moor geschehen werde.

OSR Jäger bedankt sich für die Waldspaziergänge und die Erläuterungen, was am Waldrand geschehe. Sie fragt, wer für den Verbisschutz an jungen Pflanzen zuständig sei.

OSR Kränzli möchte eine Empfehlung, ob es sicher sei, in den Wald zu gehen oder ob man auf den Waldwegen bleiben solle.

Auch OSR Siegrist bedankt sich für den Bericht und teilt mit, man freue sich auf den Waldspaziergang im neuen Jahr.

Herr Kienzler bestätigt, dass die Situation schwierig und die Zukunftsperspektive sehr unsicher sei. Nach Orkan Lothar im Jahr 1999 wusste man beispielsweise, dass die Lage durch Aufräumarbeiten und Aufforstung wieder zu verbessern sei. Nun hingegen wisse man nicht, mit welchen Klimaveränderungen zu rechnen sei und wie darauf langfristig für die nächsten Jahrzehnte reagiert werden solle. Daher habe man kein Rezept für einen klimastabilen Wald. Diversität und Risikoverteilung seien damit gute Instrumentarien. Direkt aufzupflanzen sei nicht zielführend, da man natürliche Prozesse ausnutzen wolle. Man ergänze die Wälder mit fremdländischen Baumarten, sei hierbei jedoch sehr vorsichtig. In diese Diskussionen möchte man die Verbände miteinbeziehen. Zum Thema Moor könne er nichts sagen, da dieses in Weingarten liege. Bezüglich der Grabenreinigung sei man seitens des Forstamtes offen, sofern ein fundiertes Konzept vorliege. Die Waldrandsituation sei sehr wichtig für die Insekten. Einer Fachzeitschrift sei zu entnehmen gewesen, dass 40 % der Insekten im Wald zurückgegangen seien. Dies sei auch zurückzuführen auf fehlendes Licht im Wald, welches man nun durch die Waldrandpflege in den Randstrukturen schaffen wolle. Für den Verbisschutz sei der Jagdpächter zuständig. Hiervon gebe es Ausnahmen, wenn es sich nicht um eine Hauptbaumart handle. Mit Blick auf die Verkehrssicherheit weist Herr Kienzler darauf hin, dass immer ein natürliches Lebensrisiko bestehe, wenn man sich in der Natur bewege. Vorsorgende Maßnahmen seien getroffen worden, er gäbe jedoch den Rat, auf den Wegen zu bleiben und bei Stürmen oder amtlichen Unwetterwarnungen die Wälder zu meiden. Entlang den Waldwegen werde man aus ökologischen Gründen die Gefahrenbäume nicht beseitigen.

OSR Pepper fragt nach, ob die Neuordnung der Zuständigkeiten bezüglich Staatsforst und Stadtforst Auswirkungen auf Grötzingen habe. Peter Wohlleben habe am Vortrag in Karlsruhe die These vertreten, Buchen anzupflanzen. Dies widerspreche jedoch der Eignungskarte, daher sei sie froh, dass man Fachleute habe, die sich so vertieft mit diesem komplexen Thema auseinandersetzen. Sie möchte wissen, wie alt ein Baum werden müsse, um eine effektive CO<sub>2</sub>-Umwandlung zu generieren. Außerdem befürworte man die weitere Kooperation zwischen der Kindergruppe der Naturfreunde und

dem Kinder- und Jugendtreff in Grötzingen, so dass man den Spielplatz mit ökologischen Maßnahmen weiter entwickeln werde.

OSR Schönberger fragt, wer sich um das Konzept des Moors kümmere.

Die Vorsitzende teilt mit, dass dies das Regierungspräsidium sei.

Dies betont auch Herr Kienzler, da das Regierungspräsidium als höhere Naturschutzbehörde verantwortlich für den Naturschutz sei.

Hierzu erläutert OVS Eßrich, dass das hydrologische Gutachten noch ausstehe und danach ein Konzept entwickelt würde.

Herr Kienzler erklärt, dass ein Baum CO<sub>2</sub> binde, sobald er wachse. Dies hänge ab von der Baumart und der Wachstumsphase. Eine schnellwachsende Douglasie habe beispielsweise ein hohes Speicherungspotenzial. Die Neuorganisation im Rahmen der Forstreform werde zum 1. Januar 2020 umgesetzt. Damit werde der Staatswald als eigenständige Anstalt des öffentlichen Rechts ausgegliedert, sodass das Forstamt künftig im Staatswald, sprich auf der Hälfte der Fläche in Karlsruhe, nur für die hoheitlichen Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde zuständig sei. Karlsruhe habe diese Organisation abgelehnt. Herr Wohlleben stelle die Natur vermenschlicht dar und sei naturwissenschaftlich als kritisch anzusehen. Problematisch sei dessen Einschätzung zur Forstarbeit, der zufolge die Forstpartie an den Waldschäden Schuld sei.

### **Zu Punkt 35 der TO:            Jahresbericht des Feldhüters**

Herr Roser, der Feldhüter, hebt hervor, dass in diesem Jahr weniger Meldungen eingegangen seien und auch die wilden Müllablagerungen sehr zurückgegangen seien. Im Landschaftsschutzgebiet Gießbachniederung / Im Brühl verhindere man geplante Baumaßnahmen wie Hüttenvergrößerungen, Vorplatzüberdachungen, Zaunbau, Parkplatzbau, Zwischenlager für 200 Autoreifen. Zur Aufklärung würden Flyer verteilt. Anfragen zur ökologischen Aufwertung der Flächen seien eingegangen. Die Meldung Müllverbrennung, Tierquälerei und Diebstahl sei zurückzuführen auf eine Gruppe von Männern im Alter von 35 und 65 mit geistiger Behinderung, die ihren Müll auf der Fläche verbrennen, Geflügel halten und in der näheren Umgebung Diebstahl begehen würden. Da keine Schadstoffe, sondern Hausmüll verbrannt wurde, stellten die Fachämter eine Ordnungswidrigkeit fest. Tierquälerei sei nicht zu erkennen gewesen. Der Diebstahl, auch das Wasser auf dem Friedhof betreffend, sei noch nicht geklärt. Zudem sei schwere Fischwilderei mit großer krimineller Energie am Pfinzkanal festgestellt worden. So wurden von Ufer zu Ufer 3-4 Schnüre gespannt. Die Verantwortlichen setzten nachts die Schnüre unter Strom, wodurch Becken entstünden, aus denen die Fische nicht mehr herauskämen. Man schöpfe dann die Fische ab, transportiere sie und verkaufe sie lebend. Der Durlacher Angelverein als Gewässerpächter habe Anzeige erstattet. Hierzu habe man noch keine Rückmeldung. Der Zustand der Feldwege in Grötzingen sei problematisch, da sie zuwachsen würden. Auf dem Knittelberg in Richtung Naturfreundehaus habe man eine Ausweichstelle und einen Weg. Es hätte eine Beschwerde bezüglich des 750 m langen Zauns gegeben; dies habe sich im Rahmen einer gemeinsamen Begehung geklärt. Zudem seien mündliche Verwarnungen ausgesprochen worden, da Badegäste am Baggersee über den Wasserweg ans andere Ufer gelangt seien. Am Badestrand sei zudem eine ungiftige Ringelnatter erschlagen worden. Man vermute hier Unwissenheit.. Herr Roser sei nicht bekannt, zu welchem Ergebnis die Strafanzeige gegen Unbekannt gekommen sei. Beim „Artenschutztag der Amphibiengruppe Grötzingen“ war die Feldhut ebenfalls beteiligt,

leider seien wenige Leute gekommen. Bei ersatzpflichtigen Wildschäden auf nicht landwirtschaftlich genutzten Privatgrundstücken müsse der Jagdpächter tätig werden, der Geschädigte den Schaden aber unabhängig davon unverzüglich der Gemeinde melden. Hier traten Ungereimtheiten auf. Auf dem Friedhof sei ein Dachs zu verzeichnen, der Schäden verursache. Der Wildtierbeauftragte untersuche die Situation und entscheide über das weitere Vorgehen. Die Naturpädagogik in Grötzingen hatte in diesem Jahr zwei Ferienprogramme.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Bericht und die gute Zusammenarbeit.

OSR Ritzel fiel auf, dass sich Bäume an den Hohlwegen, in der Dausäckerhohl und Ringelberghohl, immer mehr auf die Wege neigten. Zudem scheine die gesperrte Ringelberghohl vom Dachs zurückerobert zu werden. Fraglich sei, inwieweit dies der Absicht widerspreche, die Hohlwege zu schützen. Außerdem habe man wohl, so OSR Ritzel weiter, in Grötzingen zwar kein Waldsterben aber offensichtlich massive Trockenschäden auf offenem Gelände, in Gärten und Obstwiesen. Diesbezüglich sei darüber nachzudenken, Eigentümer auf ihre Verkehrssicherungspflicht hinzuweisen.

Herr Roser führt aus, dass die Feldhut bei Bäumen, die nicht in die Verkehrssicherungspflicht fielen, also nicht am Weg stünden, nicht tätig werde. Bezüglich der Streuobst-wiesen halte man es beim Liegenschaftsamt so, dass keine Bäume gepflanzt würden, wenn das Gießen nicht sichergestellt sei. Dachse stellten auch in der Hattenkellenhohl ein Problem dar. Er wisse nicht, ob der dortige Jagdpächter die Dachse jage.

OSR Fischer bedankt sich für die geleistete kompetente Arbeit.

OSR Kränzli bedankt sich für den Einsatz und möchte wissen, wie die rechtliche Lage in Richtung Hasenheim im Landschaftsschutzgebiet sei. Dort stehe auf privatem Grundstück ein abgemeldetes, verrottendes Auto.

Herr Roser erklärt, dass man auf dem Privatgrundstück nicht eingreifen könne, solange keine Umweltschäden entstünden. Dies sei aktuell nicht der Fall.

**Zu Punkt 36 der TO:            abgesetzt**

**Zu Punkt 37 der TO:            a) Schulkindbetreuung  
(Antrag der CDU-Fraktion)**

Die CDU-Fraktion schreibt:

Nicht nur in der Kita, sondern auch in der Grundschulzeit hat das Thema der Betreuung von Kindern eine große Bedeutung für die Grötzinger Eltern. Die aktuelle Diskussion zur Einführung einer Ganztagschule als Bildungsangebot hat nun Befürchtungen zur Folge, dass ein von vielen Eltern gewünschtes bedarfsgerechtes Betreuungsangebot in Grötzingen darunter leider könnte.

Viele Eltern wünschen sich außer dem Bildungsangebot der Schule auch ein flexibles Betreuungsangebot, das über die Schulzeiten hinausgeht und bisher vom Hort oder der Ergänzenden Betreuung abgedeckt wurde.

Da der Hort gegenwärtig in einem Container mit endlicher Laufzeit untergebracht ist und räumliche Alternativen bisher nicht gefunden werden konnten, besteht bei den Eltern die Sorge, dass ein flexibles Angebot außerhalb der gegenwärtig diskutierten Ganztagschule in Grötzingen nicht länger gewährleistet ist. Auch ohne dass bisher eine verbindliche Planung oder ein Konzept vorliegt, wann und ob es ein Ganztagsangebot durch die Schule geben wird, scheint das bisherige Angebot des Hortes ersatzlos zu entfallen.

Diese Sorgen der Eltern sollten die zuständigen Fachbehörden sehr ernst nehmen.

Deshalb stellt die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die Ortsverwaltung Grötzingen lädt die betroffenen Fachämter der Stadt Karlsruhe, das Schul- und Sportamt sowie die Sozial- und Jugendbehörde ein, um im Ortschaftsrat zeitnah ihr Konzept zur Schulkindebetreuung vorzustellen und dabei u.a. zu diesen Fragen Stellung zu beziehen:

- Wie ist das Konzept einer Betreuungssituation für die Schulkinder in Grötzingen in den nächsten Jahren geplant?
- Wie lange kann aktuell von einer Nutzung der Räume des Hortes im Container ausgegangen werden?
- Wie wird ein adäquates Betreuungsangebot danach aussehen?
- Wie wird der Bedarf der Eltern ermittelt bzw. abgefragt?
- Wie wird eine Verzahnung des schulischen Bildungsangebotes mit dem zusätzlichen Betreuungsangebot gewährleistet?
- Wie wird die Schule bei der Entwicklung eines bedarfsgerechten Bildungsangebotes auch in einer Ganztagsform begleitet und unterstützt?
- Welchen Zeitplan gibt es zur Entwicklung der Ganztagschule? Wie wird parallel dazu das Betreuungsangebot entwickelt und sichergestellt?
- Wie werden die Eltern über die verschiedenen Bildungs- und Betreuungsalternativen informiert? Welche Eltern werden dazu wann angesprochen, um eine Planungssicherheit für beide Seiten zu erreichen?
- Wie wird eine Beteiligung aller Akteure in der Entwicklung einer Konzeption zur Schulkindebetreuung sichergestellt

#### **Stellungnahme der Ortsverwaltung:**

Das Dezernat 3 schreibt auf den CDU-Antrag:

In der Sitzung des Ortschaftsrates werden Vertretungen des Schul- und Sportamtes, der Sozial- und Jugendbehörde und der Schulleitung Auskunft über den Prozess zur Erstellung des Konzepts und die Möglichkeiten der Betreuung informieren.

Das Schul- und Sportamt nimmt wie folgt Stellung:

- Wie ist das Konzept einer Betreuungssituation für die Schulkinder in Grötzingen in den nächsten Jahren geplant?  
Der Gemeinderat hat die Rahmenkonzeption und Richtlinie „Ganztagsangebote für Grundschulkinde“ beschlossen, die für alle Karlsruher Grundschulen gültig ist. In dieser ist unter anderem geregelt, dass die Stadt Karlsruhe für jede Ganztagsklasse/-gruppe zusätzlich auf ihre Kosten eine pädagogische Fachkraft bereitstellt. Die Konzeption beinhaltet auch, dass die Ganztagschule das Basismodell der Schulkindebetreuung ist und Horte, die sich auf dem Gelände einer Ganztagsgrundschule befinden, mit dem Start der Ganztagsgrundschule auslaufen. Parallel zur Sanierung der Augustenburg Gemeinschaftsschule Grötzingen war die Entwicklung der Grundschule in eine Ganztagschule in Planung. Der Schülerhort soll in der Zeit der Umwandlung den Betreuungsbedarf an der Schule sichern und dann schrittweise abgebaut werden.

- Wie lange kann aktuell von einer Nutzung der Räume des Hortes im Container ausgegangen werden?

Der Schülerhort ist seit den Pfingstferien 2019 in einem der Containerprovisorien untergebracht. Der Vorschlag der Verwaltung nach Ende der Sanierung der Schloss-Schule in den von der Stadt gekauften Container umzuziehen wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Die Standzeitverlängerung des Containers für den Hort ist beantragt bis zum Sommer 2024. Ein befristeter Mietvertrag wurde bis zum 31.08.2024 geschlossen.

Die Einschätzung der Nutzungsdauer der jeweiligen Container erfolgt durch das HGW und die Ortsverwaltung Grötzingen.
- Wie wird ein adäquates Betreuungsangebot danach aussehen?

Die Ganztagsgrundschule legt den Schwerpunkt auf den schulischen Bereich und bietet auch Zusatzangebote beispielsweise aus den Bereichen Sport und Kultur an. Gegenwärtig wird an der Viktor-von-Scheffel-Schule für vier Jahre ein Pilotprojekt zur flexiblen Schulkindbetreuung erprobt. Kernpunkte sind Betreuungsangebote von 7 bis maximal 8.30 Uhr, eine Nachmittagsbetreuung bis 17 Uhr sowie Ferienangebote. Es ist zu prüfen, ob dieses Projekt auf andere Schulen übertragbar ist.
- Wie wird der Bedarf der Eltern ermittelt bzw. abgefragt?

Am 3. Juli 2019 fand eine Informationsveranstaltung in der Augustenburg-Gemeinschaftsschule Grötzingen statt.

Eine Bedarfsabfrage setzt voraus, dass die Voraussetzungen und Bedingungen der einzelnen Angebote definiert und für die Bürgerschaft ersichtlich sind. Aus organisatorischen Gründen muss die Abfrage rund 1,5 Jahre vor dem Beginn von Maßnahmen erfolgen.

Da eine Bedarfsabfrage unverbindlich ist, zeigen sich die realen Bedarfe erst nach den Anmeldeterminen.
- Wie wird eine Verzahnung des schulischen Bildungsangebotes mit dem zusätzlichen Betreuungsangebot gewährleistet?

Ein kommunales Betreuungsangebot am Nachmittag ist kein schulisches Angebot. Grundsätzlich besteht keine Verzahnung mit dem schulischen Bildungsangebot.
- Wie wird die Schule bei der Entwicklung eines bedarfsgerechten Bildungsangebotes auch in einer Ganztagsform begleitet und unterstützt?

Die Entwicklung einer Ganztagschulkonzeption erfolgt durch die Schulleitung unter Einbindung der Elternschaft. Im Rahmen dieser Schulentwicklung kann die Schule auf Fachberatung durch das Staatliche Schulamt zurückgreifen und auch Beratungsangebote des Schul- und Sportamts nutzen.
- Welchen Zeitplan gibt es zur Entwicklung der Ganztagschule? Wie wird parallel dazu das Betreuungsangebot entwickelt und sichergestellt?

Gegenwärtig wird das Ganztagschulkonzept durch das Kultusministerium weiterentwickelt. Wann entsprechende Ergebnisse vorliegen, ist noch nicht abzuschätzen. Eine Frage wird sein, ob es weiterhin die Wahl zwischen der „verbindlichen Form“ und der „offenen Form“ geben wird. Die Frage, ob neue



flexible Betreuungsangebote durch das Land wieder bezuschusst werden, ist ebenfalls noch nicht geklärt.

Bis zum 1. Oktober eines Jahres muss der Schulträger beim Staatlichen Schulamt den Antrag auf Einrichtung einer Ganztagsgrundschule zum folgenden Schuljahr stellen.

Parallel zur Entwicklung einer Ganztagschulkonzeption muss die Frage einer zusätzlichen Betreuungskonzeption geklärt werden. Der Hort sichert die Betreuung der Grundschul Kinder bis die Umwandlung zur Ganztagschule erfolgt ist. Danach ist eine schrittweise Reduzierung des Hortangebots geplant.

- Wie werden die Eltern über die verschiedenen Bildungs- und Betreuungsalternativen informiert? Welche Eltern werden dazu wann angesprochen, um eine Planungssicherheit für beide Seiten zu erreichen?

Wie bereits ausgeführt, fand die erste Information am 3. Juli 2019 statt.

- Wie wird eine Beteiligung aller Akteure in der Entwicklung einer Konzeption zur Schulkinderbetreuung sichergestellt

Die für alle Grundschulen gültige und vom Gemeinderat beschlossene Rahmenkonzeption und Richtlinie „Ganztagsangebote für Grundschul Kinder“ wurde mit allen beteiligten Akteuren entwickelt. Dies wird auch bei einer Fortschreibung der Fall sein.

#### **b) Flexible Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Grötzingen (Antrag der MfG-Fraktion)**

Die MfG-Fraktion schreibt:

Bei der Diskussion zur flexiblen Nachmittagsbetreuung an der Grötzinger Grundschule bestehen bei den Eltern Ängste und offene Fragen zum Kurs von Stadtverwaltung und Schule bei diesem Thema.

Eine Elterninitiative hat sich zu diesem Thema bereits gegründet.

Die Fraktion der MfG hält neben der Ganztageschule eine flexible Variante, wie sie bislang am Hort angeboten wird, für notwendig. Nach unserem Kenntnisstand ist dies aber in Grötzingen langfristig nicht gesichert. Vor einer weiteren Diskussion erscheint zunächst ein Einblick in die Planungen von Schule und Stadt notwendig.

Die MfG Fraktion beantragt:

1. Die Gemeinschaftsschule und die Ortsverwaltung berichten zusammen in der nächsten Ortschaftsrats Sitzung über die Pläne der nächsten Jahre zur Nachmittagsbetreuung bzw. Ganztageschule an der Grundschule in Grötzingen.
2. Die Ortsverwaltung veranstaltet einen runden Tisch zusammen mit dem Schulleiter der Gemeinschaftsschule und der Elterninitiative für eine flexible Nachmittagsbetreuung im Rahmen einer Ausschusssitzung des Ortschaftsrates.

#### **Stellungnahme der Ortsverwaltung:**

In der Sitzung des Ortschaftsrates kann von der Schulleitung und dem Schul- und Sportamt der aktuelle Sachstand bezüglich einer Ganztagsgrundschulentwicklung zur Kenntnis

gegeben werden.

Aus Sicht der Ortsverwaltung ist das Thema Ganztagsgrundschulentwicklung zunächst einmal Thema der Schule. Daher muss es erst, wenn es nicht zur Ganztagsgrundschule kommen sollte, eine andere Betreuungsform geben. Die Hortbetreuung wird in den nächsten Jahren auf jeden Fall fortgeführt.

Da noch keine Bedarfsabfrage gestartet wurde und Überlegungen zu diesem Thema erst am Anfang stehen, muss der Schule Zeit gegeben werden, ein Konzept zu erarbeiten und darüber zu berichten. Die Schulleitung kann in der Sitzung zum aktuellen Sachstand sowie das Schul- und Sportamt und die Sozial- und Jugendbehörde allgemein informieren. Ein runder Tisch wird aktuell nicht für erforderlich gehalten. Die Ortsverwaltung könnte jedoch gemeinsam mit dem Ortschaftsrat, der Schule, Elternbeiräten der Kindergärten und der Elterninitiative überlegen, wie der gegenseitige Informationsfluss am Besten gesteuert werden kann. Gemeinsam mit der Schule könnte die Ortsverwaltung eine Befragung der betroffenen Eltern erarbeiten und durchführen.

### **Behandlung im Ortschaftsrat:**

Die Vorsitzende informiert, dass hierzu zwei Anträge vorliegen. Sie begrüßt Joachim Frisch, Leiter des Schul- und Sportamtes, die Fachbereichsleiterin der Kindertagesstätten aus der Sozial- und Jugendbehörde, Ilona Simon, und Friedbert Jordan, den Rektor der Augustenburg Gemeinschaftsschule.

OSR Pepper erklärt den Antrag. Man wolle die öffentlich geführte Diskussion auf ein solides Wissen stellen, indem eine differenzierte Betrachtung aller diskutierten Betreuungs- und Bildungsangebote stattfinde. Relevant sei die Unterscheidung der Länderzuständigkeit in Bildungsangelegenheiten und die Zuständigkeit der Stadt in Betreuungsangeboten. Bei der Auswahl der Angebote sei die Wahlfreiheit der Eltern ein hohes Gut, daher freue man sich, wenn die Kommune bedarfsgerechte Angebote ergänzend zum Bildungsangebot der Schule machen könne. Bemerkenswert sei, dass es nicht viele Kommunen gäbe, die die Betreuungsangebote an Ganztagschulen derart ergänzen würden wie die Stadt Karlsruhe. Berücksichtigt würden, ähnlich wie bei einem Hort, auch Ferien, unterrichtsfreie Tage etc. Da sich nicht alle Eltern für eine Ganztagesbetreuung entscheiden würden, seien auch andere Modelle notwendig. Daher möchte man wissen, wie die Angebote gestaltet seien, wann man darüber informiert werde und welche Erfahrungen man bereits bei der Einführung von Ganztagschulen in anderen Ortsteilen Karlsruhes gemacht habe. Der Stellungnahme sei zu entnehmen, dass für die nächsten Jahre einer Nutzung der Containeranlage nichts entgegenstehe. Allerdings sei aufgrund der dortigen Mängel, wie Wassereintritt bei Regen, die Frage nach der Perspektive interessant. Sie bemängelt die dürftige Stellungnahme über die Information der Eltern und wünsche sich hier eine weitere Informationsveranstaltung zu den möglichen Bildungsangeboten und parallel auch der Betreuungsangebote. Ihre Fraktion möchte wissen, wie die Beteiligung der Akteure in Grötzingen gestaltet werden könne.

OSR Daubenberger schließt sich OSR Pepper an. Man wolle Transparenz und begrüße das Zusammenkommen aller Beteiligten am runden Tisch. Man hoffe, dass am Ende für jeden etwas dabei sei und die Sorge genommen werde, dass man am Ende aufgrund der Räumlichkeiten keine Ganztagschule und Betreuung habe.

Joachim Frisch, Leiter des Schul- und Sportamtes, ist bereit, etwas zu verschiedenen Schulkindangeboten im Grundschulbereich oder zur ergänzenden Betreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule zu erzählen, gibt jedoch den zeitlichen Rahmen zu bedenken.

Die Informationsveranstaltung Anfang Juli habe für die Aufklärung, was eine Ganztagsgrundschule sei, und zur Formulierung von Fragen stattgefunden. Sie sollte nicht die alleinige Veranstaltung sein, in der bereits Konzepte beschlossen würden. Zum Thema Hort könne Frau Simon mehr erzählen. In Knielingen habe man, wie üblich, die Eltern miteinbezogen und aufgrund dessen ein modulares Betreuungsangebot eingeführt, das den Eltern flexible Wahlmöglichkeiten eröffnete. Auch hierüber könne man in einer vertiefenden Sitzung sprechen. Bauliche Fragen könnten seinerseits nicht geklärt werden. Frau Simon führt aus, sie sei die pädagogische Fachberatung für die städtischen Kindertagesstätten und Schülerhorte. Sie verstehe die Auffassung, Hort und Ganztagschule könnten nebeneinanderstehen und man wolle die Wahlfreiheit. Es habe jedoch einen Gemeinderatsbeschluss gegeben, der die Ganztagschule als Basismodell ansehe. Daher befinde man sich in einem Spannungsfeld. Mit dem Hort sei kommuniziert worden, dass dieser solange bestehe, bis die Ganztagschule in Betrieb sei. Ab Beginn der Ganztagschule 2021/2022 bei den Erstklässlern würde der Hort nur noch für die Zweit-, Dritt- und Viertklässler betrieben und sukzessive abgebaut. Damit würde der Hort im Sommer 2024 geschlossen werden. Das Personal ginge dann in die Ganztagschule, bewerbe sich für einen Hort bei der Stadt oder in einer Kindertagesstätte. Für Planungen anderer Art bräuchte es einen Gemeinderatsbeschluss.

Herr Jordan erläutert, er werde die vorbereitete PowerPoint-Präsentation bis Anfang nächster Woche auf die Homepage der Schule stellen, da er sie mittels seines USB-Sticks nicht abspielen könne. Für ihn sei klar, dass man in Grötzingen einen Ganztagsbetrieb für die Primärstufen entwickle. Bei der Veranstaltung im Juli habe er wahrgenommen, dass es Befürworter des Ganztagsbetriebs für die Grundschüler gebe, sich andere Eltern allerdings auch eine Flexibilität wünschten, die eine Ganztagsgrundschule nicht bieten könne. Üblich sei in Karlsruhe in der Primärstufe an vier Tagen ein ganztägiger Betrieb. Dies müssten aus Sicht eines Stundenplanerstellenden acht Stunden sein. Das sei für alle Eltern, die ihr Kind dort anmeldeten, verbindlich. Es entstünden keine reinen Ganztagsklassen, was aus pädagogischer Sicht besser wäre. Am Nachmittag stünden damit nicht alle Schüler zur Verfügung und es gäbe dann pädagogische Angebote wie Chor- oder Theatergruppen, die Kompetenzen der Kinder förderten. Alle verbindlichen Stunden, egal ob Halbtagschüler oder Ganztagschüler, fänden vormittags statt. Man sei dankbar, dass die Stadt Karlsruhe zusätzliches Personal für den pädagogischen Nachmittag zur Verfügung stelle. Es werde jahrgangsgemischte Gruppen geben, was soziales Lernen fördere. In der Schule werde derzeit ein Konzept für die Nachmittagsveranstaltungen entwickelt. Hierzu schaue man sich andere Karlsruher Ganztagsgrundschulen an. Es gebe sicherlich einen Part, den die Schule abdecke und einen kommunalen Part, der bis 17:30 Uhr und auch in der Ferienzeit angeboten werde. Zudem werde es im Ganztagsbetrieb die verbindliche Schulpflicht auch am Nachmittag geben. Er gehe davon aus, dass Eltern, die ihre Kinder für den Ganztagsbetrieb anmelden, sehen, dass es langfristig gewinnbringend sei. Er würde sich wünschen, dass man sich bereits heute darüber Gedanken mache, was passiere, wenn in Grötzingen die erforderlichen Anmeldezahlen für den Ganztagsbetrieb nicht erreicht würden, da der Hort keine langfristige Lösung sei. Es wäre toll, wenn das Ganztagskonzept durch Qualität überzeugen könne und Eltern die Möglichkeit hätten, sich dieses zunächst anzuschauen und ihr Kind dann aus Überzeugung für den Ganztagsbetrieb anmeldeten und nicht gezwungenermaßen, da es den Hort nicht mehr gebe. Die Möglichkeit eines Schulbezirkswechsels sei gegeben, wenn man einen Hort möchte, dieser aber nicht mehr zur Verfügung stehe. Dies führe allerdings zu weniger Schülern, weniger Lehrern und größeren Klassen. Daher wünsche er sich, beide Angebote zur Verfügung zu stellen, sodass

sich langfristig das Ganztagsangebot durchsetzen werde, da es durch die Angebote überzeuge.

Herr Frisch verdeutlicht, dass das flexible Betreuungsangebot in Knielingen auf Beschluss des Gemeinderats eingerichtet wurde. Eine Kommune könne allerdings nicht bestimmen, eine Ganztagschule zu machen, ohne dass die Schule selbst damit einverstanden sei. Der Schülerhort sei ein Angebot der Jugendhilfe mit einem bestimmten pädagogischen Auftrag und habe Kriterien für die Aufnahme von Kindern. Dies habe die Ganztagsgrundschule nicht. Eltern hätten, wenn diese eingerichtet ist, einen Rechtsanspruch darauf, an dem Ganztagsbetrieb teilzunehmen. Die Sozial- und Jugendbehörde sage, dass der Hort bei vier Gruppen ausgelastet sei. Daher könne er nicht alle angemeldeten Kinder aufnehmen.

OVS Eßrich erklärt zum vorangegangenen Termin um 18 Uhr, dass festgehalten worden sei, eine weitere Informationsveranstaltung auch seitens des staatlichen Schulamtes anzubieten. In dieser sollten die Eltern aufgeklärt werden, was eine gebundene Ganztagsgrundschule und was eine Ganztagsgrundschule in Wahlform bedeute und was die Stadt zusätzlich für flexible Betreuungsmöglichkeiten anbiete. Danach müsse es eine Bedarfsabfrage geben. Diese sei jedoch erst möglich, wenn alle Informationen weitergegeben wurden. Sie gehe davon aus, dass das Konzept, welches aus der Zusammenarbeit aller Beteiligten und der Eltern entstehe, überzeuge und die Anmeldezahlen dann auch stimmten.

Herr Jordan ergänzt, er denke, dass auch diejenigen, die die Unterschriftenaktion für die flexible Betreuung gemacht hätten, nicht die Qualität der Ganztagsbetreuung anzweifeln, sondern sich ein flexibles Angebot wünschten, bei dem sie entscheiden könnten, ob und wie lange ihr Kind nachmittags in Betreuung sei. Hierzu wisse er nicht, was die Stadt Karlsruhe anbieten könne. Fakt sei, dass derzeit keine langfristigen Räumlichkeiten für eine solche Flexibilität gesehen würden.

OSR Pepper möchte wissen, wie der Bedarf gemessen werden könne, da bereits gesagt wurde, eine verbindliche Bedarfsabfrage sei im Gegensatz zu Knielingen nicht möglich. Zudem fragt sie, ob die Ganztagschule auch angeboten werden müsse, wenn das Konzept der Ganztagschule entwickelt wurde und durch die Gremien gegangen sei, sich dann jedoch nur beispielsweise sieben Kinder anmelden würden.

Herr Frisch berichtet, man habe in Knielingen keine Bedarfsabfrage gemacht, sondern das Konzept in Zusammenarbeit mit den Eltern entwickelt. Er habe die Aussage von OVS Eßrich so verstanden, dass sich eine Bedarfsabfrage erst durchführen ließe, wenn alle Informationen vorlägen. Bezüglich der geringen Anmeldezahlen verweist er auf Herrn Jordan.

Herr Jordan erklärt, wenn die Mindestschülerzahl von 25 nicht erreicht würde, könne man seitens des Kultusministeriums eine Ganztagsklasse einrichten, man erhalte jedoch hierfür keine Stunden. Dies bedeute auch, dass die Interessentenzahl der Eltern im Vorfeld sehr viel höher sein müsse, damit das Genehmigungsverfahren starte. Hätte man die Stundenzahl, die man 1995 in die Schule gegeben hätte, heute noch, könnte man sogar jetzt schon drei Nachmittage mit Unterricht anbieten. Die Lehrerstunden seien jedoch seitdem stark reduziert worden, sodass ein Ganztagsbetrieb ohne die Unterstützung des Kultusministeriums durch genehmigte Lehrerstunden nicht umsetzbar sei.

Frau Simon ergänzt, dass in Knielingen nie eine Ganztagschule geplant gewesen sei. Inzwischen seien dort acht Hortgruppen eingerichtet worden, sodass man räumlich und personell an seine Grenzen gekommen sei. Hierdurch habe sich dann das Angebot in der Schule entwickelt. Klar sei, dass Beruf und Familie vereinbar sein müsse und mehr als die

Hälfte aller Eltern diese Vereinbarkeit benötigten.

OSR Jäger möchte von Frau Simon wissen, welche Kriterien es für die Aufnahme von Kindern in den Hort gebe.

Frau Simon erklärt, dass soziale Kriterien bisher nicht die relevantesten gewesen seien. Inzwischen würden Horte als Angebote der Jugendhilfe angesehen und nicht alleine als Betreuungsmöglichkeit. Da man mittlerweile auf ein Angebot an Ganztagschulen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestehe, seien soziale Kriterien für die Aufnahme in den Hort an Platz eins, nachfolgend Geschwisterkinder. Man wolle derzeit aufgrund der hohen Nachfrage außerdem einen Nachweis der Berufstätigkeit am Nachmittag. Das Angebot der Ganztagschule hingegen stünde allen Schulkindern offen. Im Sinne der Chancengleichheit sei hier zudem eine soziale Mischung erwünscht.

OSR Jäger fragt außerdem, welche Akteure bei der Rahmenkonzeption beteiligt gewesen seien.

Herr Frisch führt aus, alle städtischen Ämter, die an dem Thema Schulkind beteiligt seien, technische Ämter wie das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft, die Sozial- und Jugendbehörde, das Personal- und Organisationsamt, der Gesamtelternbeirat, das staatliche Schulamt, die geschäftsführende Schulleitung seien an der Planung der Rahmenkonzeption beteiligt gewesen.

OSR Hauswirth-Metzger fragt, ob man im Hort die Nachmittagsbetreuung tageweise buchen könne.

Frau Simon erläutert, man wolle keine tageweise Buchung mehr anbieten, da der Hort inzwischen nur noch für Grundschüler angeboten werde, die für eine solche Verselbstständigung zu jung seien. Die Kinder müssten nicht unbedingt immer im Hort sein, man müsse jedoch für alle Tage zahlen. Wünschenswert sei aufgrund des pädagogischen Konzepts eine regelmäßige Anwesenheit.

OSR Hauswirth-Metzger möchte zudem wissen, ob man trotz des Gemeinderatsbeschlusses, keine Hortbetriebe mehr zu führen, in Grötzingen den Hort aufrecht erhalten könne, falls das Angebot der Ganztagschule nicht von den Eltern angenommen werde.

Herr Frisch erklärt, es habe in Durlach eine Ausnahme von dieser politischen Entscheidung des Gemeinderats gegeben. Es zeige sich aber, dass dies keine gute Lösung sei, da man zwei Systeme nebeneinander führe und keines richtig lebensfähig sei.

OSR Schönberger fragt, was die Gründe dafür waren, dass man in Knielingen recht schnell erkannt habe, der Gemeinderatsbeschluss mit der Durchsetzung der Ganztagschule funktioniere nicht.

Herr Frisch führt aus, es habe am Wunsch der Eltern nach Flexibilität gelegen. Viele Eltern entschieden sich aufgrund ihrer Berufstätigkeit für ganztägige Angebote. Daher sei unklar, ob dieser Wunsch nach Flexibilität aus einer emotionalen Schwierigkeit heraus resultiere, zu wissen, das Kind müsse nachmittags in die Schule gehen und man habe hierauf keinen Einfluss.

OSR Schönberger meint, in Knielingen habe es wohl auch wie in Grötzingen eine große, schweigende Mehrheit gegeben, für die ein Ganztagskonzept wesentlich besser wäre. Er möchte wissen, warum diese Fraktion in Knielingen keine Berücksichtigung gefunden habe.

Herr Frisch erklärt, das Konzept sei mit den Eltern gemeinsam entwickelt worden. Dies seien nicht nur die Eltern gewesen, die für ein flexibles Angebot gestimmt hätten, sondern die Eltern aller Klassen.

OSR Weingärtner sagt, die FDP sei nicht gegen eine Ganztagsgrundschule. Man könne ein rhythmisiertes Ganztagskonzept gut vertreten. Man akzeptiere jedoch, dass nicht alle Eltern dieses Konzept wollten und eine Alternative suchten. Dies sei derzeit der Hort. Daher

solle die Wahlmöglichkeit erhalten bleiben. Dass keine Räumlichkeiten für den Hort gegeben seien, solle kein Grund sein, diesen aufzugeben. Man könne nicht zulassen, dass die Schulkinder in Schulen mit flexibleren Modellen abwanderten.

OSR Marvi versichert, die SPD nehme die Sorgen der Elternschaft wahr. Es sei jedoch deutlich geworden, dass es bei der Schule liege, gemeinsam mit der Elternschaft ein Konzept zu entwickeln. Man unterstütze einen regen Informationsaustausch und wünsche sich, weitere Diskussionen im Ortschaftsrat hierzu hintenan zu stellen, bis ein fertiges Konzept vorliege, da bislang alles auf Spekulationen gründete.

OVS Eßrich weist auf den Antrag der FDP bezüglich des Horts und seines Standortes in der Ortschaftsratssitzung im Januar hin.

**Zu Punkt 38 der TO:            **Bauanträge****

**a) Baugenehmigung:            **Errichtung Terrasse mit Unterkellerung;  
Nutzungsänderung Keller- u. Dachgeschoss der Garage  
Durlacher Straße 51****

Das Bauvorhaben liegt im B-Plangebiet 594 (HOFÄCKER II)

1. Baugrenze wird mit dem Anbau überschritten
2. Laut BB-Plan nur 2 WE zulässig
3. 3 Stellplatz nicht zulässig, da er außerhalb des Baufensters liegt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ortschaftsrat stimmt dem Bauantrag nicht zu.

**Behandlung im Ortschaftsrat:**

Herr Müller erklärt, es werde eine Erweiterung/Errichtung und Unterkellerung einer Terrasse und eine Nutzungsänderung von Keller und Dachgeschoss zu Wohnraum beantragt. Die Terrasse reiche über das zulässige Baufenster auf der vollen Breite hinaus. Laut Bebauungsplan 594 „Hofäcker 2“ seien auf diesem Grundstück nur zwei Wohneinheiten zulässig. Auch sei ein dritter Stellplatz für die zusätzliche Wohnung im Keller nicht zulässig, da dieser außerhalb des Baufensters liegen würde. Dies führe zu der Stellungnahme, dass der Ortschaftsrat diesem Bauantrag nicht zustimmen könne. OSR Siegele verlässt den Saal.

**Beschluss:**

Der Ortschaftsrat lehnt das Bauvorhaben mit 12 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen ab.

**b) Bauantrag:                    **Anbau Wohnraum und Wintergarten;  
Umbau Dachgeschoss  
Oberfeldweg 8****

Das Bauvorhaben liegt im B-Plangebiet 498 (WIESENÄCKER)

1. Mindestbreite von Bauweg zu hinteren Bebauung nicht eingehalten
2. Überschreitung des Baufensters durch Eingang-Glasanbau mit Gaube
3. Flachdach des Anbaus benötigt eine Befreiung, da sonst nur Satteldächer
4. Dachgauben lt. BB- Plan nicht zulässig

**Beschlussvorschlag:**

Der Ortschaftsrat stimmt dem Bauantrag nicht zu.

**Beschluss:**

Das Bauvorhaben wird mit 13 Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

**c) Antrag auf Bauvorbescheid:      **Neubau eines Wohnhauses mit Garage  
Otto-Schließler-Straße****

Das Bauvorhaben liegt im B-Plangebiet 496 (MAUSRAIN).

In baurechtlicher Hinsicht bestehen im vorliegenden Antrag keinerlei Bedenken.

Fragenkatalog zum Antrag:

Klärung der Zulässigkeit des beantragten Bauvorhabens hinsichtlich

- doppeltem Gebäudeabstand zu FLST. NR. 2762/2 mit 6,00 m
- muss das Gebäude auf die Baulinie bzw. darf es etwas zurückgesetzt werden
- ist die Abstandsfläche zum FLST Nr. 2764/2 einzuhalten
- sind Trauf- und Gebäudehöhen den angrenzenden Gebäuden anzupassen?

durch das Bauordnungsamt.

**Behandlung im Ortschaftsrat:**

Herr Müller erklärt, der Bebauungsplan sehe hier eine Doppelhaushälfte vor. Es sei nun angefragt worden, ob man ein einzelstehendes Gebäude mit doppeltem Abstand zu den Nachbargrundstücken bauen dürfe. Zudem solle das Gebäude an der Baulinie zurückgesetzt sein. Angefragt sei außerdem, ob die Abstandsflächen einzuhalten und die Traufhöhen anzupassen seien. Der Antrag weiche vom Bebauungsplan ab. Man könne dem Bau insofern zustimmen, soweit er sich an den Bebauungsplan halte.

OSR Hauswirth-Metzger gibt Probleme des angrenzenden Nachbarn beispielsweise bezüglich dessen Dämmung zu bedenken, wenn keine Doppelhaushälfte gebaut würde.

**Beschluss:**

Der Ortschaftsrat stimmt der Bauanfrage grundsätzlich mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zu. Das Gebäude muss jedoch als Doppelhaushälfte, wie im Bebauungsplan vorgesehen, ausgeführt werden.

**d) Bauantrag:                              **Ausbau und Umbau Rückgebäude  
Friedrichstraße 25****

Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich. Somit findet § 34 BauGB Anwendung.

Die vorgesehene Maßnahme fügt sich ansonsten in der Art, dem Maß der Nutzung und der Bauweise in die vorhandene Bebauung ein.

**Beschluss:**

Der Ortschaftsrat stimmt dem Bauantrag einstimmig zu.

## Zu Punkt 39 der TO:            **Mitteilungen und Anfragen**

- a) Die Vorsitzende gibt die Information des Umweltamtes weiter, dass in den nächsten Wochen in mehreren Natur- und Landschaftsschutzgebieten wieder Pflegearbeiten stattfinden werden. Diese seien erforderlich, um die spezifischen Schutzgegenstände der einzelnen Flächen zu erhalten und zu fördern. Diesen Maßnahmen ginge stets ein Abstimmungsprozess mit den örtlichen Gebietsbetreuern und Kennern voraus. Am Baggersee Grötzingen würden Ufergehölze von qualifizierten, beauftragten Firmen zurückgeschnitten, um zu stark mit Weiden zugewachsene Uferzonen aufzulichten und die Entwicklung von Flachwasserzonen zu fördern
- b) OVS Eßrich weist auf folgende Termine hin:
- 17.11.2019 Gedenkstunde zum Volkstrauertag auf dem Friedhof um 11.30 Uhr
  - 04.12.2019, 14 Uhr, Seniorenwinterfeier Grötzingen in der Begegnungsstätte
  - 06.12.2019, 9-12.30 Uhr steht das Info-Fahrzeug zur Einbruchprävention der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle auf dem Rathausplatz
- c) OSR Ritzel sagt, in der Gustav-Hofmann-Straße sei nach baulichen Maßnahmen auf einem unbebauten Grundstück der Gehweg zerstört. Er sei aufgrund der Absperrung für Fußgänger nicht benutzbar und der Gehweg gegenüber sei sehr schmal und von Autos zugeparkt. Er möchte wissen, wann die Zerstörung des Gehwegs geahndet und in Ordnung gebracht werde.  
Die Vorsitzende teilt mit, sie gebe dies weiter.
- d) OVS Siegrist weist auf den Aktionstag der SPD gemeinsam mit der GLG und Bürgern aus Grötzingen Süd hin. Am 20. November 2019 von 16 bis 18 Uhr werde man den Schleichverkehr auf der Augustenburgstraße ausbremsen und den Autofahrern die Alternativen, den Tunnel und den öffentlichen Nahverkehr, aufzeigen. Die Bürger in Grötzingen Süd seien informiert und alle anderen Bürger in Grötzingen eingeladen. Politischer Hintergrund sei, dass die Grünen-Landtagsabgeordnete Barbara Stehle sich an den Verkehrsminister Hermann gewandt habe, um auf die Problematik in Pfinztal hinzuweisen. Ziel sei, dies auch für Grötzingen zu erreichen, sodass der zuständige Landtagsabgeordnete dies an den Verkehrsminister herantrage. Darum bitte man auch die anderen Fraktionen um Unterstützung. Er möchte wissen, ob die Ortsverwaltung die betroffenen Bürger in einem Schreiben an das Verkehrsministerium unterstützen könne. Hinzuweisen sei auch darauf, dass man ebenso wie das Pfinztal auf eine zügige Durchführung des Planfest-stellungsverfahrens wert lege. Wichtig sei auch die Frage, wie die Augustenburg-straße durch Beschränkungen jeder Art an Attraktivität für die Autofahrer verlieren könne. Man wolle sich zudem an die AVG/KVV wenden, dass es sehr wichtig sei, in den kommenden drei bis vier Jahren bei den Linien S4 und S5 eine genaue Taktung zu haben, die Fahrpläne einzuhalten und zusätzliche Wagen einzusetzen. Dies sei notwendig, um den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen.  
OVS Eßrich versichert, die Anregungen aufzunehmen. Sollten sich die anderen Fraktionen im Ortschaftsrat hieran beteiligen, könne sie im Namen des Ortschafts-rates an die Fachbehörden der Stadt Karlsruhe herantreten, sodass ein entsprechen-des Schreiben an den Verkehrsminister formuliert werde.



- e) OSR Marvi teilt mit, dass am Fußweg parallel zur Staigstraße die Straßenlaternen nach der Reinigungsarbeit ausgefallen seien. Im Unterviertel bis hin zum Hanne-Landgraf-Haus hätten zudem Anwohner Gefahren erkannt, da Jugendliche tagsüber durch die Straßen liefen und klingelten. Gerade in der dunklen Jahreszeit sei es wichtig, hier präventive Informationsarbeit zu leisten. Da die Jugendlichen sich unter der Altersgrenze befänden, könnten sie nicht haftbar gemacht werden.  
Die Vorsitzende führt aus, sie könne mit dem Sozialen Dienst in Durlach, welcher für Grötzingen zuständig sei, Rücksprache halten, ob möglicherweise in Zusammenarbeit mit der Polizei bereits Erkenntnisse vorlägen.
- f) OSR Daubenberger betont, man begrüße die Demo der Grünen und der SPD sehr, bemängle allerdings, dass man nicht gefragt wurde, da man gemeinsam sicherlich besser hätte auftreten können. Er habe eine Liste dabei, in die sich alle unterstützenden Ortschaftsräte eintragen könnten, sodass deutlich würde, dass man den Anwohnern beiseite stehe. Fraglich sei, ob die Augustenburgstraße zur B10 gehöre. Dies bitte man die Ortsverwaltung zu klären.  
OVS Eßrich erklärt, sie habe diese Frage bereits weitergegeben, aber noch keine Antwort erhalten.  
OSR Daubenberger führt außerdem aus, es fehle noch eine Stellungnahme von Herrn Dr. Weiße.
- g) OSR Daubenberger bemängelt darüber hinaus, dass es noch keinen Termin für den runden Tisch Grünanlagen, insbesondere mit Hinblick auf die Pflege, gebe.  
Die Vorsitzende erläutert, es werde einen Termin für den runden Tisch Grünanlagen gemeinsam mit Herrn Dürr vom Gartenbauamt geben. Außerdem habe es noch vor den Sommerferien eine Begehung bezüglich der Pflege gegeben. Da OSR Daubenberger darauf hinweist, dass er zu dieser Begehung noch nicht dabei war, betont sie, diese Begehung könne gerne jährlich stattfinden. Das Andere sei im Ausschuss behandelt worden. Gerne könne man jedoch auch bilateral besprechen, was gewünscht sei.  
OSR Daubenberger möchte zudem eine Liste, welche Grünanlagen wie oft zu pflegen seien und welche Priorität sie hätten.  
Die Vorsitzende führt aus, ihr sei es wichtig, dass der Ortschaftsrat benennt, welche Flächen wie zu pflegen seien.  
OSR Daubenberger bemängelt, dass Grünanlagen außerhalb des Ortes eher gepflegt würden als Flächen im Ortskern.  
OVS Eßrich verdeutlicht, auch diese Flächen lägen innerhalb der Grötzinger Gemarkung. Sie habe vollstes Vertrauen in ihre Fachkräfte, dass sie dies sinnvoll einteilten. Man müsse alle Wiesen und Grünflächen pflegen und könne sich nicht nur auf den Ortskern fokussieren. Es sei in der vorliegenden Anfrage um die Bruchwaldstraße in Richtung Baggersee gegangen. Dies sei eine viel befahrene Straße, weshalb auch hier das Laub zu beseitigen sei.
- h) OSR Daubenberger meint außerdem, man wolle noch zum gewünschten Runden Tisch Glasfaser zusammensitzen.  
Die Vorsitzende informiert, dass hierfür der Gemeinderat zuständig sei. Es gebe inzwischen eine Task Force, die bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt sei. Sie glaube nicht, dass ein Konzept nur für Grötzingen erstellt würde. Insofern macht ein Runder Tisch in Grötzingen keinen Sinn, zumal das Thema von den Fachämtern der Stadt

betreut werde. Sie werde jedoch nachfragen, wie der Sachstand für den Ausbau in Grötzingen aussehe.

- i) OSR Kränzli erinnert an den Termin für den Arbeitskreis Baggersee. Dieser sei für November angesetzt gewesen.  
Die Vorsitzende erklärt, es habe heute ein Abstimmungsgespräch mit den Fachämtern gegeben. Der anvisierte Termin Ende November komme nicht zustande, da etliche Fachämter diesen nicht wahrnehmen könnten. Da es im Dezember ähnlich aussehe, habe man nun einen Termin für Mitte Januar vereinbart.
  
- j) OSR Pepper möchte wissen, wann der Vorplatz der Stadtteilbibliothek fertiggestellt werde.  
OVS Eßrich teilt mit, die finale Fertigstellung erfolge im April 2020, wenn auch die Statue von Kallmorgen aufgestellt sei.
  
- k) OSR Siegele fragt, ob der Mountainbike Trail im Wald an der Quelle inzwischen entfernt wurde. Dieser werde nämlich immer noch befahren.  
Die Vorsitzende erklärt, der Trail gehe größtenteils durch private Grundstücke. Sie werde jedoch nachfragen, ob er zurückgebaut werden könne.
  
- l) OSR Hauswirth-Metzger möchte, dass man nachhakt, wann das hydrologische Gutachten endlich fertig sei.  
OVS Eßrich teilt mit, ihr sei gesagt worden, dass dies zwei bis drei Jahre dauere.
  
- m) OSR Dr. Vorberg teilt mit, dass man in der Karl-Martin-Graff Straße ausgebremst würde, da die Leute links und rechts parkten und man daher versetzt fahren müsse. Gegen Ende sei dies jedoch anders und die Straße würde zur Rennstrecke. Daher sollte geprüft werden, ob das Tempolimit 30 km/h auf die Straße aufgemalt werden könne.  
Die Vorsitzende versichert, dies weiterzugeben.
  
- n) OSR Tamm führt aus, da auf der Staigbrücke kein Gehweg sei, käme es zu Konflikten, wenn zwei Autos aneinander vorbei fahren müssten und sich Fußgänger auf der Fahrbahn befänden. An der Hubbrücke in Durlach hätte beispielsweise ein Fahrzeug Vorfahrt und man habe einen Gehweg gemacht. Daher bittet er darum, zu prüfen, ob dies an der Staigbrücke auch möglich sei. Zudem würde es den Schleichverkehr abends vom Westen ausbremsen, wenn man die Vorfahrt Richtung Osten nehmen würde.  
Die Vorsitzende teilt mit, dies weiterzugeben.
  
- o) OSR Weingärtner sagt, dass die Bushaltestelle in Grötzingen Nord sehr schmutzig sei.  
OSR Eßrich antwortet, die Ortsverwaltung werde die Verunreinigung an die VBK weitermelden.
  
- p) OSR Weingärtner informiert, ihre Fraktion würde gerne das Fachwerkrathaus mit Zweigen schmücken. Die Vorsitzende betont, man sei bezüglich der adventlichen Dekoration für jede Unterstützung dankbar und freue sich.
  
- q) OSR Siegrist teilt mit, er habe eine E-Mail erhalten mit dem Betreff „iPad für die digitale Gremienarbeit“. Die Vorsitzende bedankt sich für diese Mitteilung, so dass man dadurch

wisse, dass die Angelegenheit vorangebracht werde.

Vorsitzende

Ortschaftsrat

Protokollführer